

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Dienstag nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Verlagspreis: 19.—25. Nov. 600 Milliarden R. Einzelne Nummern 100 Milliarden R.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 2195 — Schriftleitung Nr. 14574
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtkontokonto Dresden Nr. 140

Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Grundpreise: die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Eingelast 90 Pf. — Ermäßigung auf Familien- und Geschäftsanzeigen. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Diebstahlslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landesfiskusrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsstelle von Holzplanzen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptredakteur Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 271

Dresden, Freitag, 23. November

1923

Der Kanzler empfiehlt sich wohlwollender Nachrede.

Poincaré ist an allem schuld — Bayern und Reich — Die „notwendigen Maßnahmen“ gegen Sachsen und Thüringen — Proteste der Ministerpräsidenten der beiden heimgesuchten Länder — Die Mißtrauensanträge.

Stresemann's Reichenbegängnis.

Unter dieser vieldeutigen Überschrift begleitet der „Sozialdemokratische Parlamentarierklub“ das gestrige Auftreten des Kanzlers mit folgendem Epitaph:

Von der äußersten Linken mit heiligen Zwischenrufen empfangen, nahm der Reichskanzler vor Karl des Letzten Hause und bei allgemeiner Spannung das Wort zu einer fast zweistündigen Rede. Herr Stresemann begann seine innerpolitischen Ausführungen mit einem Rückblick auf die Ereignisse in Bayern und erlangte damit von vornherein bewußt jener Schlüsselrolle, die er in Bezug auf den „Ordnungsstaat“ hätte spielen müssen, wenn er mit den Ereignissen in Sachsen, wie es konsequent gewesen wäre, begonnen hätte. Er wäre in diesem Falle nicht um das Bekenntnis herumgekommen, daß er Sachsen bitteres Unrecht getan hat. Aber selbst seine Kennzeichnung der Vorgänge in Bayern vermag uns nicht im geringsten zu befriedigen, weil er wichtige Dinge unterschlug und ihrer Behandlung, wie leicht aus Angst vor Unpopulanz, auswich. Er brachte zwar seinen Widerspruch über die Bürgerbräufabende zum Ausdruck, fand aber kein Wort für die verfassungswidrigen Handlungen des Generalstaatskommissars und die verfassungswidrigen Verbote der sozialdemokratischen Presse in Bayern. Auch die berechtigten Zwischenrufe über den General Kollow, der heute noch mit Reichsgeldern bezahlt wird und über den Aufenthalt der irregulären Landen an der thüringisch-bayerischen Grenze, für die das bayerische Kabinett immer noch Millionen und aber Millionen zur Verfügung stellen kann, schienen ihm nebensächlicher Natur zu sein, denn er ließ dem Reichstag die Antwort über seine Stellungnahme zu diesen wichtigen Einzelheiten schuldig.

Nach dieser aber als die Ausführungen über Bayern war der Versuch des Reichskanzlers, die Maßnahmen gegen Sachsen zu verteidigen. Aus seinem Verzicht, dem Reichskommisariat Heineke, wie es sonst üblich ist, den besonderen Dank des Kabinetts auszusprechen, dürfte zu entnehmen sein, daß Dr. Stresemann mit dem Vorgehen dieses deutschnationalen Volksparteilers selbst nicht einverstanden war. Das aber hätte offen ausgesprochen werden müssen, und gerade der gegenwärtige Reichskanzler, der selbst eine Reinigung seiner Partei von den Heineke-Politikern wünscht, hätte sich durch eine Mißbilligung des provokatorischen Hinauswurfs der sächsischen Minister viel mehr selbst einen guten Dienst erwiesen können. Der notwendige Reueingeständnis seiner Partei ist er aber eine allgemeine Beschönigung der Regierungspolitik gegenüber Sachsen und Thüringen vor und nach einer klaren Antwort auf die Anfrage der Sozialdemokratie aus. Es wäre mehr als angebracht gewesen, wenn Dr. Stresemann bei seiner Erwähnung eines Beschlusses des General Kollow, in dem, nach seinen Mitteilungen, den Truppen eine menschliche Behandlung der Verhafteten zur Pflicht gemacht wurde, gleichzeitig mitgeteilt hätte, daß der Kommandeur des Wehrkreiskommandos IV in seiner Anordnung auch von „unwürdigen Mißhandlungen“ spricht und damit die Vorwürfe gegen die ihm unterstellten Truppen allgemein als berechtigt anerkennt. Nicht nur auf die Bekanntgabe dieser äußerst wichtigen Feststellung in einem militärischen Befehl hat der Reichskanzler verzichtet, sondern er hat es, beikter hinaus, nicht für notwendig gehalten, mitzuteilen, welcher Strafe die schuldigen Soldaten entgegengekehrt worden sind.

Alle in allem: der Reichskanzler ist am Donnerstag zu seinem eigenen Lohne, darüber geworden. Er wußte, welche Vorurteile die Sozialdemokratie an eine Andenken der seit langem von ihr angeführten

Daltung geknüpft hatte. Kein Zweifel konnte mehr darüber bestehen, daß, auch bei einer partiellen Aufhebung des Belagerungszustandes, eine neutrale Haltung unserer Fraktion nach allem, was wir während der Ausübung der vollziehenden Gewalt durch die Wehrmacht erlebt haben, unmöglich gemacht worden ist. Wir sind nicht Gegner der Reichswehr, sondern, im Gegenteil, bemüht, ihre schwierige Aufgabe anzuerkennen, und wir denken auch nicht daran, die Befehlshaber für jede einzelne Mißtat der ihnen unterstellten Truppenteile verantwortlich zu machen. Unsere Forderung ist deshalb auch nicht als eine Forderung gegen die Reichswehr zu bewerten. Sie ist begründet in einer auch von den bürgerlichen Mittelparteien anerkannten Rechtsauf-

fassung und sie beruht auf dem Willen, getreu der Verfassung, allen Teilen des deutschen Volkes Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Solange diese Auffassung nicht anerkannt wird, und solange die Einsicht fehlt, daß der gegenwärtige Ausnahmezustand mit dem Tage überflüssig geworden ist, an dem sich zeigte, daß Bayern sich um das Reichsausnahmerecht nicht kümmert, muß jede Regierung darauf gefaßt sein, die Unterstützung der Sozialdemokratie zu verweigern. Herr Stresemann hat darauf verzichtet, sich diesen Standpunkt zu eigen zu machen; er muß infolgedessen auf die Konsequenzen gefaßt sein und sich zum Reichenbegängnis bereit halten.

Frankreichs Isolierung in der Botschafterkonferenz.

Keine deutsche Antwort.

Berlin, 22. November.
Die Pressenachricht, die Reichsregierung beabsichtige, auf die Note der Botschafterkonferenz über die Wiederaufnahme der Militärkontrolle eine Antwort zu erteilen, in der die grundsätzliche Bereitschaft zur Erfüllung der Kontrollparagrafen des Versailleser Vertrags ausgesprochen, aber noch einmal auf die Gefahr von Zwischenfällen hingewiesen wird, entspricht nach Erundigungen an unterrichteter Stelle nicht den Tatsachen.

Eine englische Drohung.

London, 22. November.
Reuter veröffentlicht einen Auszug aus dem Bericht des amerikanischen Botschafters in Paris über die Zusammenkunft der Botschafterkonferenz am Montag. Der Bericht meldet:

Lord Crewe habe den Botschaftern erklärt, Großbritannien hoffe, daß Frankreich die sehr ersten Folgen einer weiteren isolierten Aktion erwidern werde, die darin bestehen würden, daß die Entente in Gefahr käme. Wenn Frankreich entgegen den britischen Wünschen eine solche Politik durchsetzen würde, so werde Großbritannien sich genötigt sehen, seine Vertreter aus den verschiedenen interalliierten Kommissionen zurückzuziehen. Der italienische Botschafter unterstützte die britische Haltung, während der belgische mittelte, er könne sich der französischen Auffassung nicht anschließen, ohne vorher in Brüssel anzufragen. Cambon machte eine erste bedeutende Konzeption, indem er erklärte, Frankreich beabsichtige nicht, territoriale Sanktionen anzunehmen.

Der Pariser Berichterstatter der „Times“ schreibt: Im allgemeinen könne gesagt werden, daß die britischen Ansichten auf der ganzen Linie gesiegt hätten. Der Pariser Berichterstatter der „Daily News“ betont, daß die Note keinerlei Sanktionen erwähne. Die britische Regierung habe Einwendungen erhoben gegen das von Frankreich beanspruchte Recht, unabhängig Sanktionen gegen Deutschland zu verhängen, falls Großbritannien es ablehnen sollte, sich Frankreich anzuschließen. Der provisorische Vergleich ist das Ergebnis sehr erster Kämpfe. Es kostete große Mühe, Poincaré von der Ausführung seiner neuen Pläne gegen Deutschland abzubringen, welche die Besetzung Hamburgs und Bremens für die nächsten Wochen einschloß. Ohne Mussolini wäre es England sicher nicht gelungen. Diese amtliche Presse hofft zuversichtlich, daß keine deutschen Teil-

Poincaré nun helfen werden. Unklarheit wurde dann hergestellt, daß jedes künftige Vorgehen Poincarés von England als Vertragsverletzung aufgefaßt würde.

Eine französische Darstellung.

Poincaré behält sich volle Handlungsfreiheit vor.

Paris, 22. November.
In einer von Davao ausgehenden offiziellen Mitteilung über das gestrige Ergebnis der Botschafterkonferenz heißt es: Entgegen gewissen Londoner Nachrichten über die Vollmacht der interalliierten Militärkontrollkommission werden diese in keiner Weise eingeschränkt. Die noch heute von der Botschafterkonferenz dem General Kollow zugehenden Instruktionen halten den bisherigen Zustand aufrecht. Die Kommission wird den Zeitpunkt für die Wiederaufnahme ihrer Arbeiten wählen. Sie wird über ihr Vorgehen in voller Unabhängigkeit entscheiden. Ihre Beschlüsse werden auf Grund der Stimmenmehrheit oder einstimmig gefaßt, je nach Lage des Falles und vorbehaltlich der Inanspruchnahme der Botschafterkonferenz, falls sich Gegenstände herausstellen. Französischerseits hätte man es vorgezogen, für alle Fälle bereits Sanktionen zu bestimmen, aber die französische Reaktion hat dann, um eine Verständigung zu erleichtern, auf diese ergänzenden Garantien verzichtet.

Dagegen hat die französische Delegation auch gestern noch daran erinnert, daß Frankreich, falls seine Sicherheit bedroht werde, sich vorbehalten müsse, Maßnahmen allein zu treffen. In dieser Beziehung stelle die Besetzung des linken Rheinufer eine vorläufige Gewähr dar.

Die Kommentare der biesigen Blätter sind fast resigniert. Man findet sich mit den der französischen Regierung abgerungenen Konzeptionen ab, in der Erwägung, daß im gegenwärtigen Augenblick ein Bruch der Entente für Frankreich sehr verhängnisvolle Folgen gehabt haben würde und daß Frankreich im Besitze des Rheinlandes und der Ruhr über Garantien verfüge, die den vorläufigen Verzicht auf neue Sanktionen weniger schmerzhaft erscheinen lassen, zumal von der französischen Regierung neuerdings die Erklärung wiederholt worden sei, daß die im Freidenkvertrag festgelegten Räumungsfristen noch nicht zu laufen begonnen hätten. Verschiedentlich wird behauptet, daß Frankreich sich in der Botschafterkonferenz volle Handlungsfreiheit für die Zukunft vorbehalten habe, namentlich auch in Bezug auf das Recht zu einer Sonderaktion im Falle einer Bedrohung seiner Sicherheit. Eine Bestätigung dieser Darstellung wird abzuwarten bleiben.

392. Sitzung vom 22. November.

Der Reichstag ist durch ein starkes Polizeieingebot gesichert; es wird eine strenge Kontrolle geübt. Abg. Kemmele versuchte mehrfach, das Reichstagsgebäude zu betreten; ihm wurde der Zutritt verweigert. Das Haus ist stark besetzt, die Tribünen sind überfüllt.

Präsident Ebert eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 25 Min. mit der Mitteilung, daß Abg. Kemmele für die Dauer von 20 Sitzungstagen ausgeschlossen ist, und daß er von den schärfsten Bestimmungen der Geschäftsordnung Gebrauch machen werde gegen solche Abgeordnete, die durch andauerndes Schreien, fortgesetzte Unterbrechungen oder Gewalttätigkeiten die Amtshandlungen des Präsidenten oder die Redner stören. Darauf erteilt er das Wort dem

Reichskanzler Dr. Stresemann:

Die Reichsregierung weicht der Entscheidung des Parlaments nicht aus, sondern sie sucht diese Entscheidung sobald als möglich herbeizuführen, da das Land, die Regierung und das Parlament vor eine sehr schwierige Lage gestellt werden müssen. Schlimmeres als Unertlichkeit hat keine Politik je mit sich gebracht, als die Politik, deren Träger bis zur Gegenwart der französische Ministerpräsident ist. Dieser hat nämlich die Aufmerksamkeit der deutschen Reichsregierung auf die totalen Tendenzen, namentlich nationalistischer Art, in Deutschland gelenkt.

Es wäre richtig, irgendwie leugnen zu wollen, daß die Entwicklung in Deutschland dem Extrem zutreibt.

Die Ursachen dieser Entwicklung liegen vollkommen klar. Der französische Ministerpräsident und die französische Politik haben es in der Hand, der Entwicklung zum Extrem und zum Radikalismus in Deutschland den Boden zu entziehen. (Zustimmung.) Das Hindernis, die Menschen zum Extrem zu treiben, ist die soziale Gerechtigkeit. Der Kommunismus zieht seine stärksten Stützen aus dem sozialen Elend, der Rechtsstabilismus aus den fortgeschrittenen nationalen Demittungen, denen das Deutsche Reich und jede deutsche Regierung, unbeschadet ihrer parteipolitischen Einstellung, bisher ausgekehrt gewesen ist. (Sehr wahr!)

Wenn man in Frankreich etwa das Empfinden hat, daß das konstitutionelle Leben in Deutschland in der Auflösung begriffen sei, und daß Deutschland sich dem Radikalismus in die Arme wirft, so liegen die Grundlagen dieser Entwicklung in der Politik, die von außen gegen uns getrieben worden ist (Sehr wahr!), auf deren Wegkreuz die einzelnen Gruppen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Deutschlands gelegen sind. (Warm bei den Kommunisten. Präsident Ebert verwarnt Abg. Hillein.)

Die innere Lage — ich gebe darin dem Abg. Hergt vollkommen recht — ist hoffnungsvoll. Ich bemerke in aller Öffentlichkeit: ich sehe auch keinen Weg, vorläufig diese trostlose Lage zu bessern. Außenpolitisch kann man mit vollem Recht die Frage stellen: Warum habt Ihr mit Frankreich zu verhandeln gesucht? Aber auch wenn man sich der Aussichtslosigkeit der Verhandlungen bewußt gewesen ist, hätte man den Versuch zum Verhandeln machen müssen. (Zustimmung.) Rhein und Ruhr sind viel zu bedeutsam, als daß man nicht das letzte an Verhandlungsmöglichkeit hätte erschöpfen müssen. (Lebhafter Zustimmung.) Bei der Aufgabe des passiven Widerstandes habe ich der großen Gefahr darüber Ausdruck gegeben, ob diese Aufgabe des Widerstandes die Wirtschaft im Ruhrgebiet wieder in Gang bringen und erträgliche Verhältnisse dort schaffen werde.

Meine Stellung hat sich verändert. Die Verhandlungen sind vergeblich gewesen und zwar, weil die idealen und materiellen Kräfte zu erschöpft waren. Bileicht war eine Wiedergewinnung dieser großen, glühenden Begeisterung möglich, solange wir auf der Höhe der idealen und materiellen Leistungsfähigkeit in diesem passiven Widerstande waren. Dieser Zeitpunkt ist verstrichen worden.

Die Verhandlungen der Regierung haben versucht, das Reparationsproblem zu lösen auf der Grundlage weitgehender deutscher Sachleistungen. Wir boten eine unmittelbare Haftung dieser Sachleistungen für die daraus zu erzielenden Leistungen